

Alle wollen liberal sein

Autor(en): Christof Wamister

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2012

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/bf7efe83-18d8-4bad-b9e0-f362201c38b7>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

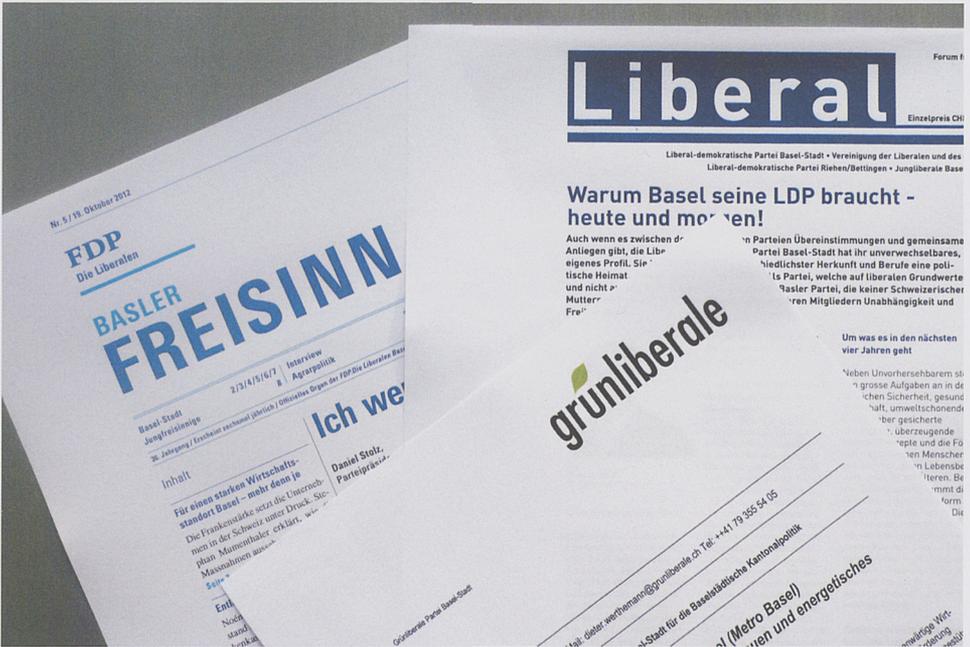
Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

ALLE WOLLEN LIBERAL SEIN

Um die Bezeichnung «liberal» ist ein Wettstreit entbrannt. Dabei hatte es die Idee der Freiheit in Basel nie besonders einfach



Der Basler Geist mit seiner nüchternen und trockenen Ironie hält die Freiheit an der kurzen Leine. Das meint der nie in Erscheinung tretende Titelheld in der Erzählung «Un après-midi avec Wackernagel» von Ivan Farron. Die Rede ist von einer «disposition mentale qui coupait court à toute idée de liberté». Der Welschschweizer Autor weiss, wovon er spricht, denn er wurde in Basel geboren. Er lässt Wackernagel im Bericht des Erzählers auch das Klima kritisieren, die schwüle Hitze und die Föhnattacken. «Es besteht bei uns ein Klima / das nichts weni-

ger als prima», dichtete Dominik Müller (Paul Schmitz, 1871–1953), der dem Autor des nachfolgenden literarischen Beispiels vermutlich die Informationen geliefert hat. Im Roman «Aurora roja» (1905) des Spaniers Pio Baroja (1872–1956) diskutieren ein Sozialist und ein Anarchist über die Notwendigkeit des Staates. Der Sozialist gibt folgendes Beispiel: «Die Verwaltung einer Schweizer Gemeinde wirkt mehr auf ihre Bürger ein als diejenige von St. Petersburg, aber es ist eine nützliche Wirkung. Wer in Basel geboren ist, genießt von Anfang an die Auf-

merksamkeit des Staates; der Staat impft ihn, der Staat erzieht ihn und lässt ihn einen Beruferlernen, der Staat verschafft ihm billige und gesunde Nahrungsmittel, der Staat schickt ihm gratis einen Arzt, wenn er krank ist, der Staat befragt ihn in einem Referendum (Plebiszit), wenn Gesetzesreformen oder öffentliche Projekte anstehen, der Staat begräbt ihn kostenlos, wenn er stirbt.» Der Anarchist ist entsetzt: Das sei ja eine Tyrannei, in der alle uniformiert und genormt leben und alle dasselbe tun. Der Sozialist verteidigt den fürsorgerischen Staat, der in Basel um 1900 erst im Aufbau begriffen war – immerhin wurde das kostenlose Begräbnis schon 1885 eingeführt.

Mit Blut beschmiert

Ein drittes Beispiel führt weiter zurück in die Basler politische Geschichte. 1822 veröffentlichte Christoph Bernoulli-Paravicini (1782–1863) eine Streitschrift mit dem Titel «Über den nachtheiligen Einfluss der Zunftverfassung auf die Industrie. Mit besonderer Hinsicht auf Basel». Bernoulli machte darin «die schlechte Ausbildung der Handwerker, den Zunft- und Marktzwang und die zahlreichen Beschränkungen der Handwerksordnungen für die wirtschaftliche Krise des städtischen Handwerks und Gewerbes verantwortlich» – so die Historikerin Sara Janner in ihrer Untersuchung* über das konservative Bürgertum im Basel des 19. Jahrhunderts. Bernoulli forderte die Abschaffung der Einfuhrbeschränkungen, die vollständige Auflösung der Zünfte, die Einführung der Gewerbefreiheit und eine moderne Gewerbeordnung mit staatlicher Aufsicht über die Lehrlingsausbildung. Letzten Endes zielte er aber auf das verknöcherte politische System, die Verschränkung von Zunft- und Wahlsystem und die Politik hinter verschlossenen Türen.

Die Empörung seitens der Zünfte war beträchtlich. Im Grossen Rat wurde gefragt, warum ein solches Pamphlet die Zensur

passieren konnte, und die Metzgergesellen beschmierten Bernoullis Landhaus mit Blut. Christoph Bernoulli gehörte zu jenen Liberalen der ersten Generation, die Basel nach dem Scheitern des helvetischen Experiments und der Restauration von 1814 aus seiner Erstarrung befreien wollten. Sara Janner: «Sie glaubten an den Fortschritt und den positiven Wert des Neuen, orientierten sich politisch und ökonomisch an englischen Vorbildern und setzten sich für Reformen ein, solange dies in einem gesetzlichen Rahmen geschah. Sie lehnten jedoch (...) die naturrechtliche Idee der Volkssouveränität ab und liessen die individuellen Freiheitsrechte nur so weit zu, als sie die bestehenden sozialen Hierarchien nicht gefährdeten.»

«Fluch der Demokratie»

Aber auch progressive Wirtschaftsliberale wie Christoph Bernoulli gerieten nach den Trennungswirren und der traumatisierenden Kantonstrennung gegenüber den Konservativen ins Hintertreffen. Politisch igelte sich Basel ein. Still und leise wurden zwar die Grundlagen gelegt für den späteren wirtschaftlichen Aufschwung, und einzelne Universitätsprofessoren und Privatgelehrte setzten mit ihren Arbeiten Massstäbe, die man oft erst später erkannte. Politisch waren Köpfe wie Jacob Burckhardt und Johann Jakob Bachofen konservative Skeptiker, allenfalls Liberal-konservative, keinesfalls aber Demokraten: «Die Lehre von der Volkssouveränität steht meinen tiefsten geschichtlichen und religiösen Überzeugungen entgegen», schrieb Bachofen. Die obrigkeitliche Gewalt könne letztlich nur aus der höheren, göttlichen Weltordnung stammen. «Denn das ist der Fluch der Demokratie, dass sie ihre Verwüstungen in alle Gebiete des Lebens hineinträgt.»

Bachofen ist nicht so altmodisch, wie er tönt. Tatsächlich haben sich Politik und Staatsrecht mit der Säkularisierung der

Souveränität ein Problem eingehandelt, das bis heute nicht gelöst ist. Der deutsche Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat dies auf die berühmte Formel gebracht: «Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.» Liberalkonservative misstrauen der Legitimation des Staates durch das Mehrheitsprinzip. Woher bezieht der Staat seine Legitimität, wenn er sich nicht mehr direkt auf eine höhere Macht berufen kann? Radikale Geister haben dies schon Mitte des 19. Jahrhunderts erkannt. Max Stirners «Einzig», der sich von nichts und niemandem etwas vorschreiben lässt, findet seine Fortsetzung im «Übermensch» des Wahlbaslers und Demokratieverächters Nietzsche.

Zweifel an der Demokratie sind in der Schweiz allerdings nicht üblich. «Im Namen Gottes des Allmächtigen» sind laut Bundesverfassung das Schweizervolk und die Kantone die Hauptakteure, wobei nur die Letzteren als souverän bezeichnet werden. Der Kompromiss zwischen höherer Macht, Föderalismus und Volkssouveränität wirkt schwindelerregend, aber er funktioniert.

Mit der Verfassungsreform von 1875 brach auch in Basel das demokratische Zeitalter an. Die Freisinnigen, die bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus in Basel «Radikale» hiessen, kamen an die Macht. Sie bauten das Bildungswesen aus und schufen die ersten Ansätze zu einem Sozialstaat, auf den sogar der zitierte spanische Autor aufmerksam wurde. Die Radikalen beriefen sich geistig auf den Liberalismus, doch die Bezeichnung «Liberal» war quasi frei geworden, und die Nachfolger der Basler Konservativen des 19. Jahrhunderts konnten sie übernehmen. Sie standen aber nicht abseits, sondern beteiligten sich pragmatisch und vertreten durch einzelne hervorragende Köpfe wie Paul Speiser (1846–1935) an der Modernisierung des Staatswesens.

Wer sind die echten Liberalen?

Wenn auf der Homepage der heutigen Basler LDP, der Liberal-demokratischen Partei, zu lesen ist, sie sei «unzweifelhaft revolutionären Ursprungs», so ist dies eine gelinde Übertreibung. Die Basler Liberalen sind ganz klar die Nachfolger der alten Liberal-konservativen, wessen man sich nicht zu schämen braucht. Der Begriff «konservativ» war in der Schweizer Politik lange von den Katholisch-Konservativen belegt; heute dagegen umschreibt er eher eine Geisteshaltung. Keine Partei würde sich mehr «konservativ» nennen.

Durch die Fusion der FDP mit der Liberalen Partei der Schweiz, die mittlerweile in allen Kantonen ausser Basel-Stadt vollzogen wurde, hat sich die Situation um den Begriff «liberal» noch verkompliziert. Heute präsentieren sich die Basler Freisinnigen als «Die Liberalen», während die «echten» Liberalen sich mit dem Label «LDP» begnügen müssen. Das hat parteiinterne Gründe: Die Liberalen nannten sich nach der Fusion mit der Bürger- und Gewerbestartei 1957 etwas schwerfällig «Liberal-demokratische Bürgerpartei». Bei einer Statutenrevision 1978 gab es den Antrag, wieder den Namen «Liberaler Partei Basel-Stadt» anzunehmen, was aber in einer Parteiversammlung zugunsten des heute noch gültigen Namens abgelehnt wurde. So konnten sich die Freisinnigen dreissig Jahre später das Etikett «Liberaler» aneignen. Im politischen Volksmund sind die Liberaldemokraten aber immer noch «die Liberalen». Ihre führenden Persönlichkeiten halten die Partei standhaft auf dem Kurs des Alleingangs. Der neue Regierungsrat Baschi Dürr wechselte deshalb von den Liberalen zu den Freisinnigen, wie er im Gespräch erklärte.

«Als liberal bezeichnen wir uns heute fast alle», schrieb Dürr in einem Beitrag in der BaZ, in dem er der Meinung widersprach, es gebe einen echten, gesellschaftlichen Li-

beralismus und einen falschen, wirtschaftlichen Liberalismus. Dürr ist ein Anhänger jener Strömung, die von ihren Gegnern als «neoliberal» oder gar als «liberalistisch» bezeichnet wird. Er beruft sich auf Friedrich August Hayek («Der Weg in die Knechtschaft») und Karl Popper («Die offene Gesellschaft und ihre Feinde»). Im Vergleich mit amerikanischen Theoretikern, welche den Staat auf ein Minimum reduzieren oder ihn gar durch freie Vereinigungen ersetzen möchten, sind die Schweizer Neoliberalen relativ pragmatisch. Sie wissen, dass mit solch radikalen oder libertären Visionen wenig Stimmen zu holen wären.

Den bürgerlich-liberalen Parteien ausserhalb der SVP ist es einigermaßen gelungen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Liberalismus unter einen Hut zu bringen. Viel mehr Mühe bekunden sie dagegen mit ökologisch-marktwirtschaftlichen Modellen, weil die ihnen nahestehende Wirtschaft eine Verteuerung der Energiepreise und neue staatliche Vorschriften fürchtet. Zur Gründung der auch in Basel erfolgreichen Grünliberalen Partei kam es aber auch, weil die etablierten Grünen als Teil der linken Bewegung keinen liberalen Flügel dulden wollten.

Ist Basel denn ein Holzboden für liberales Denken? Die Basler als Bürger eines reichen Staatswesens mit einer gut ausgebauten Verwaltung schimpfen zwar gerne, im Zweifelsfall entscheiden sie sich aber für die staatliche Lösung der Probleme. Das hat vielleicht auch mit der besonderen Staatsstruktur zu tun: dem Zusammenfallen von Gemeinde- und Kantonsverwaltung. Libertäre oder anarchistische Staatskepsis hat in Basel kaum Tradition. Seit dem 19. Jahrhundert entwickelte sich das Gemeinwesen vom zünftisch und patrizisch geprägten Obrigkeitsstaat zur Demokratie nach freisinnigem Muster und dann zum sozialdemokratisch inspirierten Wohlfahrtsstaat. Grundsätzliche Zweifel am Modell und an

der Legitimation des modernen Staates hegten nur konservative und unabhängige Geister.

Auf der Habenseite zu verbuchen ist hingegen der in vielen Festreden gepriesene und auf den Humanismus zurückgehende Geist der Toleranz und Offenheit, dazu die Kunstförderung und das Mäzenatentum. Immer wieder kommt es vor, dass begüterte Privatpersonen oder Stiftungen Projekte finanzieren, welche sich das Gemeinwesen nicht leisten könnte. Beispiele und Namen müssen hier keine genannt werden. Das ist liberal in einem vorrevolutionären Verständnis und erinnert an die ältere Bedeutung des Wortes im Sinne von freizügig, grosszügig. Vielleicht müsste man «liberal» wieder etwas entpolitisieren.

* Sara Janner: Zwischen Machtanspruch und Autoritätsverlust. Zur Funktion von Religion und Kirchlichkeit in Politik und Selbstverständnis des konservativen alten Bürgertums im Basel des 19. Jahrhunderts. Basel 2012.